

„Nicht beirren lassen von den Quasselköppen“

Andi Schuller

Politisch wird's in diesem Herbst heiß, ganz heiß. Die Kahlschlagpolitik der Bundesregierung bringt die Bürger zunehmend in Rage und treibt sie zu Protesten auf die Strassen. Die Lasten aus der aus einer bewusst in Kauf genommen und provozierten Wirtschafts- und Finanzkrise sollen mal wieder „solidarisch“ von der breiten Bevölkerung getragen werden.

Der Kreisverband die Linke Schweinfurt hatte daher am vergangenen Samstag aktive Vertrauensleute und Betriebsräte aus den Kreisverbänden der Gewerkschaften sowie Interessierte aus der Partei zu einer gewerkschaftspolitischen Konferenz zu brandaktuellen Themen geladen. Schweinfurts Kreisvorsitzender Frank Firsching und der Kreisvorsitzende für Main-Rhön, Stefan Bannert, konnten mit dem Parteivorsitzenden der Linken, Klaus Ernst und Prof. Dr. Herbert Schui (emeritierter Professor der Ökonomie und Fraktionsmitglied der Linken im Bundestag) zwei profunde Gastredner gewinnen, die der schwarz-gelben Bundesregierung gehörig auf den Zahn fühlten. Gegen die ungleiche Lastenverteilung in der Bevölkerung führten beide Referenten schlagkräftige Argumente an - was durch wiederholt zustimmende Zwischenrufe im Auditorium noch unterstrichen wurde. Die Konferenz im Saal der Bercher-Stuben in Bergrheinfeld hat deutlich gemacht, dass Linke und Gewerkschafter die von den Regierungsparteien vorangetriebene „deutsche Schiefelage“ so nicht länger hinnehmen werden. Und in diesem heißen Herbst werden die deutschen Kahlschlagpolitiker wohl noch gehörig ins Schwitzen gebracht werden.

Durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 5 Prozent abgestürzt – das hat zu Kurzarbeit, Massenentlassungen und sozialer und politischer Verunsicherung geführt. Frank Firsching hatte sich in seiner Einführungsrede auch bewusst kurz gehalten, um Herbert Schui und den bis zur Mittagspause erwarteten Klaus Ernst, zeitlich genug Raum für Vortrag und anschließender Debatte zu lassen. Ein weiterer Grund, die Konferenz möglichst im zeitlichen Rahmen zu halten, war eine für Samstag 14.00 Uhr kurzfristig beantragte und genehmigte Kundgebung der Neonazi-Organisation „Freies Netz Süd“ in Schweinfurt, die dank solidarischem Widerstand aus dem linken Parteienspektrum und den Gewerkschaftern, aus Kirchenkreisen, der autonomen Szene, sowie Schweinfurter Bürgern zu einer Farce für die Rechtradikalen wurde (weder die Route noch die eigentliche Kundgebung konnten wie geplant von den braunen Demagogen durchgezogen werden). Die braune Soße konnte so erfolgreich von Schweinfurts Strassen gespült werden. Herbert Schui kam denn auch gleich auf den Punkt in seinen Ausführungen: „Linken Professoren wird ja bekanntlich Kompetenz in Wirtschaftsfragen von vorneherein abgesprochen, dabei haben die angeblichen Experten in Sachen Wirtschaft und Finanzen uns doch erst in diesen globalen Schlamassel gebracht. Wir dürfen uns von solchen Quasselköppen in unserer Sicht der Dinge nicht beirren lassen...“ Mit neoliberaler Medienpropaganda der Regierungsparteien und deren Lobbyisten werde nun versucht die Bevölkerung mit fadenscheinigen ökonomischen Argumenten willfährig zu machen für die geplanten Sparprogramme. Und so müsse man auch das mediale gegeneinander Ausspielen spanischer, griechischer oder chinesischer Arbeitnehmer als reine Panikmache entlarven, die nur dazu diene die Meinungen in der Bevölkerung zu Mindestlöhne, Hartz 4, Leiharbeit oder Sozialabgaben im Sinne der herrschenden Marktkräfte zu beeinflussen. „Auch ein Westerwelle sieht jetzt plötzlich nur noch – wie einst Kaiser Wilhelm - ein solidarisch' Volk

vor sich – das vereint zur Kasse gebeten werden soll, um die Staatsdefizite auszugleichen, die ja bekanntlich von internationalen Banken und Spekulanten erst verursacht wurden.“ Dabei seien Lohnabsenkungen bei gleichzeitig höheren Soziallasten der Arbeitnehmer, genau der falsche Weg. „Ganz im Gegenteil, gerade jetzt müssen die Löhne rauf, um die Realwirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Jeder Prozentpunkt in der Lohnsumme insgesamt, bringt satte 18 Milliarden an zusätzlicher Kaufkraft“, so der Ökonom.

Die Löhne folgten schon lange nicht mehr den Gewinnen und seien mittlerweile völlig davon abgekoppelt worden. Der Analyst Schui zeigte sich auch skeptisch gegenüber einem „Jubeljournalismus“ der uns glauben machen wolle, die Krise sei überwunden. „FDP-Wirtschaftsminister Brüderle faselt von einem Aufschwung XXL, der aber einzig auf einen Zuwachs von Exporten und Dumpinglöhnen zurückzuführen ist“. Deshalb seien auch spanische, griechische und andere europäische Arbeitnehmer über die deutsche Lohnpolitik erbost, denn die EU-Arbeitnehmer-Kollegen bangten aufgrund deutscher Niedriglöhne um ihre Arbeitsplätze. Schui kam auch immer wieder darauf zu sprechen, dass die Ursache für gesamte Misere im Staatshaushalt in einen tief reichenden Verteilungskonflikt zu suchen sei. International führe das zu einem immer weiteren Auseinanderklaffen zwischen Milliarden Armen und den wenigen Absahnern. Die neoliberalen Chefpropagandisten versuchten dem Steuerzahler die Kürzungen im Sozialhaushalt als makroökonomische Notwendigkeit politisch „gleitfähig“ zu verkaufen. „Und nun wollen auch noch die Krankenkassen die Beiträge erhöhen... Die Arbeitgeber wollen ihren Anteil sehr schlau auf 7,3 Prozent zementieren – jede zukünftige weitere Beitragssteigerung geht dann einzig zu Lasten der Arbeitnehmer“, so Schui weiter. In der anschließenden Fragerunde wurde u.a. gefragt, wie der Staat weiter finanziert werden könne bei einer zunehmenden Überalterung der Bevölkerung und den damit zusammenhängenden Anstieg der Rentenzahlungen. Hier rechnete der Professor vor, dass sich die Produktionsleistung pro Arbeitsstunde seit 40 Jahren von 20 auf heute 40 Euro erhöht habe und auch in Zukunft nach allen Prognosen für einen ausgeglichenen Kapitalstock zur Zahlung der Sozialleistungen wie etwa Rente, Krankenkosten, Bildung, Staatswesen etc. ausreichen werde. Und dazu sei es wiederum notwendig, die Arbeitnehmer durch ordentliche Löhne am gesamten Bruttosozialprodukt teilhaben zu lassen, „was letztlich wieder ein reines Verteilungsproblem darstellt“ – und da dürfe man nicht auf das „neoliberale Gesapper und Geplapper von Leistungsträgern oder auf den aufgewärmten sarrazzinischen Biologismus“ hereinfallen. Außerdem könne mit einem geregelten Prozentsatz vom Einkommen in Form einer Bürgerversicherung, der Sozialstaat noch besser funktionieren - was natürlich von Beamten und Großverdienern mitgetragen werden müsste. Die Linke solle deshalb in ihrer Politik ganz nahe beim Volk und seinen Grundbedürfnissen bleiben.

Klaus Ernst und Prof. Dr. Herbert Schui kennen sich seit seinen Studienzeiten- und er, Klaus Ernst, habe dabei viel von Herbert Schui mit auf den Weg bekommen. Auch Klaus Ernst warnte vor einer „Lohnrutschbahn bis ganz nach unten“, was einzig dazu diene, die Renditen der Kapitalisten und Spekulanten zu erhöhen. 40 Prozent der Arbeitnehmer unter 25 Jahren würden zudem nur befristete Arbeitsplätze erhalten. Die Angst um den Job mache viele Arbeitnehmer gefügig – Leiharbeit und Minilöhne führen viele Arbeitnehmer an den Rand des Existenzminimums. Viele Lohnempfänger seien in Wahrheit so genannte Aufstocker, die von ihren mickrigen Verdiensten gar nicht leben können. Noch nie seien die Reallöhne derart von den Gewinnen aus dem Wirtschafts- und Finanzsektor abgekoppelt gewesen. Die Gewinne würden auch nicht etwa in reale Wirtschaftskreisläufe und in die Produktionsmittel rückinvestiert – wie von wirtschaftsnahen Politikern propagiert - sondern seien vielfach in spekulative Finanztransaktionen abgeflossen. „Und diese Spekulationsblase platzte voraussehbar 2008/2009“ - mit allen dramatischen Folgen für die Masse der Bevölkerung“.

Doch kaum ein Jahr nach dem großen Crash seien die „Krisengewinnler schon wieder am Zocken“. Klaus Ernst und seine Partei betrachten die Rente mit 67 demnach auch als einen leicht zu durchschauenden Trick, im Endeffekt eine Rentenkürzung durchzudrücken. Nach demographischen Berechnungen sei zwar mit einem prozentualen Anstieg der Rentenempfänger zu rechnen, doch könnte mit einer Anhebung der Spitzensteuersätze, einer „Millionärssteuer“ (ab der zweiten Millionen“, durch Erbschaftsteuer (mit Freibeträgen für kleinere Erbschaften) und einer staatlichen Mitsprache bei Bankgeschäften der Sozialstaat durchaus finanziert werden. Und wenn Banken und Firmen in Krisenzeiten als systemrelevant eingestuft werden, so dass die Masse der Bevölkerung an den Verlusten beteiligt wird, dann ist es nur richtig, dass diese auch an den Entscheidungen und Gewinnen beteiligt werde. „ Wir müssen bei systemrelevanten Fragen ganz klar bleiben“ so Klaus Ernst abschließend.